

**Wahlprüfsteine der Schwulenberatung Berlin gGmbH
zum Thema HIV und Arbeit
zur Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2011
- Antworten der CDU Berlin -**

Integration Arbeitsmarkt

1. Welche arbeitsmarktpolitischen Regelungen und Strukturveränderungen planen Sie, um chronisch kranken Menschen Arbeit und Beschäftigung zu sichern?

Zunächst legen wir Wert auf die Feststellung, dass das Land Berlin abgelehnt hat, Optionskommune sein zu wollen. Damit hat es auch weitestgehend seine Verantwortung hinsichtlich konkreter Arbeitsmarktpolitik an die Agentur für Arbeit abgegeben. Somit ist uns wichtig, dass die Vorgaben der CDU-geführten Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen – und dazu gehören Chroniker – so umfassend und so schnell wie möglich durch die Jobcenter umgesetzt werden. Der vom Bundeskabinett im Juni dieses Jahres beschlossene Nationale Aktionsplan „einfach machen“ ist dafür die Grundlage. Die geplanten Arbeitsmarktmaßnahmen werden mit 100 Millionen Euro zusätzlich aus dem Ausgleichfonds finanziert. Damit sollen Berufsorientierung für junge Menschen, mehr betriebliche Ausbildungsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere für Ältere, unterstützt werden. Dazu kommen spezielle Eingliederungszuschüsse bei der Aufnahme von Beschäftigung und die Implementierung von Inklusionskompetenz bei den Kammern und Verbänden, die als Ansprechpartner für kleine und mittlere Unternehmen gezielt beraten sollen, damit mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen akquiriert werden können.

2. Welche Landesmittel sollen für die Integration in den Arbeitsmarkt und der Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe für Menschen mit HIV/Aids bei zunehmend reduzierten Bundesmitteln investiert werden?

Nach dem Aktionsplan HIV/Aids - Bekämpfungsstrategie der Bundesregierung sind unseres Erachtens keine Reduzierungen der Bundesmittel vorgesehen. Welche Landesmittel zur Verfügung stehen werden, ist erst nach einem Kassensturz möglich, weil sich unter Rot-Rot in kurzer Zeit die Schuldenlast Berlins um über 20 Milliarden Euro erhöht hat.

3. Werden Sie sich für den Erhalt von besonderen Maßnahmen zur Arbeitsförderung für Menschen mit HIV/Aids und für die Finanzierung der

dazugehörigen Qualifizierung einsetzen, wie z. B. die AGH MAE Maßnahmen der Schwulenberatung Berlin?

Ja, denn wir sind der Auffassung, dass der erreichte Stand nicht abgesenkt werden sollte.

4. Werden Sie sich für eine langfristige Finanzierung individueller Beratungsangebote für Menschen mit HIV im Erwerbsleben einsetzen?

Ja, das ergibt sich zum einen aus der Beantwortung zu 3. und zum anderen sehen wir die Notwendigkeit einer solchen Beratung.

5. Welche Strategien planen Sie, um berenteten HIV positiven Menschen die gewünschte Rückkehr in Arbeit und Beschäftigung zu ermöglichen?

Wir unterstützen den Grundsatz Rehabilitation vor Rente mit dem Ziel der dauerhaften Wiedereingliederung in das Berufsleben und damit in die Gesellschaft. Ein rechtlicher Anspruch zur Teilhabe am Arbeitsleben ergibt sich aus dem SGB VI. Dieser liegt vor, wenn die persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt werden.

Aber auch das Hamburger Modell zur stufenweisen Wiedereingliederung in das Arbeitsleben ist ein sehr interessantes und erfolgsversprechendes Modell. Es sollte unserer Meinung nach auf Berlin übertragen werden.

Kooperation der gesellschaftlichen Akteure

1. Mit welchen Maßnahmen garantieren Sie, dass es ein strukturelles Aufklärungsangebot zu HIV/Aids in Betrieben und landeseigenen Unternehmen gibt?

Garantieren können wir nichts, aber wir werden uns dafür einsetzen, dass die zuständige Senatsverwaltung sich mehr um diesen Bereich kümmert. So sind beispielsweise Zielvereinbarungen zwischen Senat und landeseigenen Unternehmen denkbar, mehr Aufklärung verbunden mit Antidiskriminierungsarbeit im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsvorsorge zu leisten. Gleichermäßen könnte der Senat Impulse für diesen Bereich an die private Wirtschaft über die Kammern und Verbände geben.

2. Werden Sie sich für eine Finanzierung der Arbeitgeberinitiative einsetzen, die durch die Schwulenberatung im Rahmen des EU-Projekts LINK-UP von 2005- 2007 Arbeitgeber, Gewerkschaften und Interessenverbände am Arbeitsmarkt zu HIV und Aids aufgeklärt hat.

Von der Zielstellung her unterstützt die CDU das Projekt Arbeitgeberinitiative, denn es war für die Eingliederung von Menschen mit HIV/Aids auf dem Arbeitsmarkt sehr erfolgreich.

Sicherlich vor diesem Hintergrund hat der Senat in seinem Rahmenkonzept zur HIV- und Aids-Prävention dazu 2010 formuliert: „Anzustreben ist außerdem das Wiederaufleben eines Informations- und Aufklärungsangebots für Arbeitgebende, Gewerkschaften und Interessenverbände am Arbeitsmarkt analog der *LINK-UP Arbeitgeberinitiative*, die als Teil der europäischen Gemeinschafts-initiative *EQUAL* und Teilprojekt der deutschlandweiten Entwicklungspartnerschaft *LINK-UP* bis 2007 von der Schwulenberatung Berlin betrieben und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert wurde.“ Wie der Senat das allerdings zu bewerkstelligen gedenkt, bleibt offen.

Da Rot-Rot in kurzer Zeit die Schuldenlast Berlins um über 20 Milliarden Euro erhöht hat, scheint es uns aber fraglich, ob die Finanzierung eines solchen – obgleich sehr wünschenswerten Projektes – überhaupt möglich sein wird.

3. Werden Sie Programme unterstützen, die Arbeitsagenturen, Jobcenter und andere kommunale Behörden, Informations- und Aufklärungsarbeit zum heutigen medizinischen und arbeitsrechtlichen Wissensstand zur Verfügung zu stellen?

Ja, unbedingt. Insbesondere liegt uns dabei die Präventionsforschung am Herzen, weil mit deren Ergebnissen neue Präventionsstrategien entwickelt werden können, die Lücken für Zielgruppen füllen helfen, die noch nicht zufriedenstellend erreicht werden konnten.